



ÖVP unter Druck: IS-Bräute zurück in Österreich - Sicherheitsrisiko für alle!

Der Artikel beleuchtet die Rückkehr von IS-Bräuten nach Österreich und diskutiert familiäre Herausforderungen bei Migrantenkindern.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Am 1. März 2025 sorgt die Rückholung zweier sogenannter IS-Bräute aus dem Irak nach Österreich für heftige Kontroversen. FPÖ-Generalsekretär NAbg. Michael Schnedlitz kritisierte scharf die Regierungsparteien, insbesondere die ÖVP, und bezeichnete deren Vorgehen als „verwerflich und gefährlich“. Beide Frauen landen am Samstagabend mit ihren Kindern am Flughafen Wien-Schwechat. Schnedlitz sieht dies als einen „schweren Schlag ins Gesicht aller Terroropfer“ und fordert sofortige Neuwahlen. Er betont, dass die ÖVP nicht nur in der Öffentlichkeit starke Worte finden, sondern auch in der Realität gefährliche Entscheidungen treffen würde, die die Sicherheit des Landes gefährden. Die FPÖ sieht in dieser Entsendung die finale Entwertung der Glaubwürdigkeit der ÖVP.

In einem weiteren, alarmierenden Fall wird in den Niederlanden nach der 14-jährigen syrischen Fatema Alkasem gesucht, die mit ihrem Ehemann verschwunden ist. Die beiden waren im Sommer über Deutschland eingereist und halfen bei der dokumentierten Lage von Minderjährigen, die durch Heiratspraktiken betroffen sind. Fatema, hochschwanger, hatte einen wichtigen Arzttermin verpasst, was ihre Abwesenheit bemerkbar machte. Die niederländischen Behörden sind besorgt, da jährlich mindestens 34 minderjährige Ehefrauen in die Niederlande fliehen und Asyl beantragen, wie in einem Bericht der Welt aufgeführt. Die

Diskussion über Kinderehen hat zu einem neuen Gesetz geführt, das das Mindestalter für Ehen auf 18 Jahre festsetzt, um die Rechte und den Schutz von Frauen und Mädchen zu stärken.

Kritik an Kinderehen und deren rechtlicher Status

Die Situation für minderjährige Ehefrauen ist in verschiedenen europäischen Ländern rechtlich kompliziert. In Deutschland kann der Familiennachzug nicht ohne weiteres beantragt werden, während die Unterbringung von minderjährigen Flüchtlingen vorrangig durch das Jugendamt geregelt wird. Die Unterschriftensammlung von Terre des Femmes zum Internationalen Mädchentag verdeutlicht die Dringlichkeit, gegen Zwangsheiratspraktiken vorzugehen. Frauenrechtlerinnen fordern, dass betroffene Mädchen in ihrer Integration unterstützt und informiert werden, um ihre Rechte zu sichern und sie vor den Folgen von frühen Ehen zu schützen. Die erschreckende Realität, dass weltweit täglich 39.000 Kinder verheiratet werden, unterstreicht die Notwendigkeit dringender Maßnahmen, um diese Praktiken zu verhindern.

Details	
Vorfall	Terrorismus
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.welt.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at